

München, 21. September 2020

Stellungnahme

Stellungnahme zur Duldung von illegalen Online-Glücksspiel-Websites

Wie die Süddeutsche Zeitung am 9. September 2020 berichtete, beabsichtigen die Bundesländer, die bisher illegalen Online-Websites von ausländischen Glücksspielanbietern bereits vor Inkrafttreten des neuen Glücksspielstaatsvertrags im Juli 2021 zu dulden.

Außerdem ist eine Erhöhung der Einzahlungshöchstgrenze von bisher 1.000 Euro pro Monat im sogenannten „Einzelfall“ auf 10.000 bis 30.000 Euro pro Monat im Gespräch.

Die Anbieter illegaler Online-Glücksspiele verstoßen seit Jahren in Deutschland gegen bestehende Gesetze.

Da sich diese Anbieter keine nennenswerten Regeln zum Spielerschutz auferlegt haben, kann das Spielen auf diesen Websites mit wesentlich höheren Verlusten verbunden sein als das hierzulande zugelassene terrestrische Spiel. Damit werden Spielende in die Abhängigkeit geführt, was letztendlich zur Zerstörung ihrer Existenz führen kann.

Die Einschränkung, dass sich die Online-Portale Beschränkungen für den Spielerschutz auferlegen sollen, um geduldet werden zu können, ist nach unserer Meinung reine Augenwischerei.

Mit der Absicht, die Einsatzhöchstgrenze bei Online-Glücksspielen, wenn auch nur in Einzelfällen, massiv zu erhöhen, verabschiedet sich die Politik von ihrer Verpflichtung, dem Spielerschutz ausreichend Rechnung zu tragen.

Wer darf denn im Einzelfall ein derart hohes Einzahlungslimit ausschöpfen? Wie soll man denn entscheiden können, ob derjenige vor Spielsucht und Existenzvernichtung geschützt ist? Wer soll und kann dies überhaupt kontrollieren? Diesen Überlegungen verschiedener Politikerinnen und Politiker fehlt jegliche vernünftige Basis.

Der neue Glücksspielstaatsvertrag, der im Sommer nächsten Jahres verabschiedet werden soll, sieht die Lizenzierung von Online-Glücksspielportalen vor. Wir gehen davon aus, dass die Duldung illegaler Anbieter dazu führen würde, dass diese nach Verabschiedung des neuen Staatsvertrags Lizenzen erhalten werden.

Dagegen protestiert der Betroffenenbeirat Bayern Stimme der SpielerInnen aufs Schärfste.

Wie kann es sein, dass illegale Geschäftemacher plötzlich geduldet und lizenziert werden? Das widerspricht nach unserer Auffassung jeglichem gesunden Rechtsempfinden. Hier wird der Geschäftemacherei zum Nachteil der Spielenden Tür und Tor geöffnet.

Die gesamte Fachwelt, die sich mit Glücksspielabhängigkeit und dessen fatalen und existenzvernichtenden Folgen beschäftigt, spricht sich ohnehin gegen die Zulassung von Online-Glücksspiel aus, wie es aktuell von der Politik geplant wird.

Wir fragen uns, warum die Politik dem Spielerschutz so wenig Gewicht beimisst und dem Gewinnstreben der Glücksspielindustrie offensichtlich Vorrang vor dem Spielerschutz einräumt.

Man darf auf keinen Fall soweit gehen, dass illegale Unternehmen, die lange Jahre Gesetze gebrochen haben, plötzlich zu ehrenwerten Geschäftsleuten ernannt werden. Dies ist nach unserer Meinung ein Rechtsbruch, der in der Bundesrepublik seinesgleichen sucht.

Ein Autofahrer, der jahrelang ohne Führerschein fährt, erhält staatlicherseits ja auch keine Duldung und Straffreiheit.

Abschließend stellen wir folgende Forderungen:

1. Keine Duldung von illegalen Glücksspielanbietern
2. Keine Lizenzierung von illegalen Glücksspielanbietern
3. Stärkere Einbindung der Fachwelt und der Betroffenenvertretenden in die Gesetzgebung für den Spielerschutz
4. Überarbeitung des in punkto Spielerschutz vollkommen unzureichenden Entwurfs des neuen Glücksspielstaatsvertrags zusammen mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis sowie Betroffenenvertretern
5. Keine Erhöhung des geplanten Einzahlungshöchstgrenze. Stattdessen Senken der Höchstgrenze auf einen tragbaren und realen Wert. Glücksspielende sind keine Dukatenesel

Pressekontakt:

Betroffenenbeirat Bayern Stimme der SpielerInnen

E-Mail: info@betroffenenbeirat-bayern.de

Homepage: www.betroffenenbeirat-bayern.de/